



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. Mai 2007 (31.05)
(OR. en)**

9955/07

**TELECOM 73
COMPET 161
RECH 151
AUDIO 25
SOC 232**

BERICHT

des AStV
an den RAT

Nr. Vordokument: 9584/07 TELECOM 66 COMPET 143 RECH 137 AUDIO 24 SOC 206

Nr. Kommissionsvorschlag: 8108/07 TELECOM 41 COMPET 89 RECH 94 AUDIO 15 SOC 128
CULT 23 TRANS 105 SAN 627 + ADD 1 + ADD 2 + ADD 3

Betr.: i2010 – Jahresbericht über die Informationsgesellschaft 2007
– Schlussfolgerungen des Rates

1. Die Kommission hat dem Rat am 2. April 2007 ihre Mitteilung mit dem Titel "i2010 – Jahresbericht über die Informationsgesellschaft 2007" übermittelt. i2010 ist die Initiative der Kommission für ihre Politik in Bezug auf Informationsgesellschaft und Medien. Sie sorgt für die Kohärenz der Kommissionspolitik auf diesen Gebieten und soll den wichtigen Beitrag der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die Wirtschaft und die erneuerte Lissabon-Strategie untermauern. Die i2010-Initiative bedarf angesichts der sich rasant verändernden Rahmenbedingungen einer ständigen Aktualisierung und Feinabstimmung. Die Mitteilung stellt die zweite dieser Aktualisierungen dar und liefert die Grundlage für eine umfangreichere Halbzeitüberprüfung im Jahr 2008.

2. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat den Entwurf von Schlussfolgerungen am 23. März 2007 geprüft. Von UK wurde ein neuer Formulierungsvorschlag unterbreitet, zu dem alle Delegationen einen Prüfungsvorbehalt angemeldet haben. Nachdem die Frist für die Aufhebung der Vorbehalte abgelaufen war, hat der Vorsitz beschlossen, dem Rat den Text vorzulegen, der ursprünglich von der Gruppe vorgeschlagen worden war.

Ferner ist der Text weiterhin Gegenstand eines Parlamentsvorbehalts von DK sowie einiger sprachlicher Vorbehalte.



SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES**zum****i2010 – Jahresbericht über die Informationsgesellschaft 2007****DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION**

1. BEGRÜSST

- die Mitteilung der Kommission mit dem Titel "i2010 – Jahresbericht über die Informationsgesellschaft 2007" vom 30. März 2007;

2. BERUFT SICH AUF

- die Schlussfolgerungen des Rates vom 1. Dezember 2005 zum Thema "i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung", die auch Schlussfolgerungen zur eAccessibility (Barrierefreiheit) umfassen;
- die Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2006 zu elektronischen Behördendiensten für alle Europäer und auf die Ministererklärung von Manchester vom 24. November 2005;
- die Ministererklärung von Riga vom 11. Juni 2006 über die digitale Integration ("eInclusion");
- die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006, in denen festgestellt wurde, dass der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2008 im Rahmen der Lissabon-Strategie die Möglichkeiten der Netze der nächsten Generation (NGN) überprüfen wird;

3. NIMMT KENNTNIS VON

- den Empfehlungen der Task Force "Wettbewerbsfähigkeit des IKT-Sektors und IKT-Einführung", insbesondere in Bezug auf die Hemmnisse für die Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft;

4. VERWEIST AUF

- die Notwendigkeit, die Verknüpfung zwischen den IKT-Strategien und der Verwirklichung der Lissabon-Ziele weiter zu stärken;
- den Umstand, dass insbesondere die Schaffung einer integrierten sicheren Informationsgesellschaft in beträchtlichem Maße zur Förderung von Wachstum, Produktivität und Beschäftigung beiträgt und somit ein wichtiges Instrument für die Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie darstellt, was durch die positiven Entwicklungen in der EU-Informationsgesellschaft belegt wird;
- die Bedeutung einer Einbeziehung des IKT-Einsatzes in die Neugestaltung der Geschäftsprozesse bei Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung, da dies eine Voraussetzung dafür ist, dass die Lissabon-Beiträge in vollem Umfang erbracht werden, und auf die Bedeutung eines zielgerichteten Konzepts zur Stärkung des IKT-Einsatzes in KMU;
- die beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Vorteile, die eine integrative Informationsgesellschaft mit sich bringt;
- den Umstand, dass die politischen Entscheidungsträger auf die sich rasch wandelnden Geschäftsmodelle und die sich aus der Konvergenz ergebenden technologischen Entwicklungen reagieren müssen;
- die Notwendigkeit einer breit angelegten Zusammenarbeit zwischen den jeweils beteiligten Akteuren, d.h. Zivilgesellschaft und Bürger auf der einen und Privatwirtschaft und öffentliche Verwaltungen auf der anderen Seite, mit dem Ziel, eine integrative Informationsgesellschaft zu verwirklichen und dafür zu sorgen, dass alle Unionsbürger von der stetigen Fortentwicklung der Informationsgesellschaft profitieren können;
- den Umstand, dass die i2010-Agenda in Zusammenarbeit mit der Kommission, den Mitgliedstaaten und den jeweiligen Akteuren weiterentwickelt werden muss, damit gewährleistet ist, dass der Schwerpunkt auf die Bereiche gelegt wird, die nachweislich den größten Beitrag zur europäischen Wirtschaft erbringen;
- den Umstand, dass im i2010-Jahresbericht 2007 neue Tendenzen aufgezeigt wurden, die möglicherweise noch weiter untersucht werden müssen;

- die Bedeutung des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und des Programms zur Förderung der IKT-Politik innerhalb des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) für die Stimulierung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union;
- die Chance für die Industrie, bei der Entwicklung und Herstellung von Produkten und Dienstleistungen im IKT-Sektor Geschäftsmöglichkeiten wahrzunehmen, die sich durch einen integrativen Ansatz ergeben;

5. ERSUCHT DIE KOMMISSION,

- für die im Jahr 2008 anstehende Halbzeitüberprüfung politische Maßnahmen bezüglich künftiger Trends, die im i2010-Jahresbericht genannt sind, zu entwickeln, insbesondere hinsichtlich folgender Punkte:
 - **Netze der nächsten Generation und Internet:** Beseitigung von Hindernissen für marktorientierte Investitionsentscheidungen hinsichtlich neuer Technologietrends wie Übergang zu sehr schnellen Hochgeschwindigkeitsnetzen, flächendeckende Drahtlos-technologien, Web 2.0, das Internet der Dinge und internetgestützte Dienste, die sich sämtlich auf die Gesellschaft und das Arbeitsumfeld auswirken und neue Lösungen für eBusiness, industrielle Anwendungen und die allgegenwärtige Informationsgesellschaft schaffen werden;
 - **die Rolle der Nutzer**, wobei Folgendes zu berücksichtigen ist: die für 2008 erwartete Initiative zur digitalen Integration (eInclusion), Verbraucherfragen, die explosionsartige Verbreitung von von Nutzern geschaffenen Inhalten, die Herausforderungen im Hinblick auf die Schaffung eines Umfelds, das das Verbrauchervertrauen stärkt und Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft fördert, die möglichen politischen Auswirkungen dieser Entwicklungen innerhalb der i2010-Initiative und der Bedarf an Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Sicherheit von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie zur Steigerung des Vertrauens der Nutzer in die Interoperabilität von Anwendungen und Dienstleistungen;

- **Binnenmarkt:** Hauptziel der i2010-Initiative ist die Schaffung eines europäischen Informationsraums. Dabei ist es wichtig, Hindernisse zu beseitigen, die die Bereitstellung europaweiter Dienstleistungen einschränken und Verbraucher und Unternehmen daran hindern, das Potenzial des Binnenmarkts vollständig zu nutzen, gleichzeitig sollte der Blick jedoch über diese Hindernisse hinausgehen und es sollte geprüft werden, welche Herausforderungen sich durch die IKT für den Binnenmarkt stellen und wie die Effizienz von Dienstleistungen für die europäische Wirtschaft erhöht werden kann;
- die in der Erklärung der Ministerkonferenz von Riga vom 11. Juni 2006 ermittelten Ziele im Hinblick auf die Entwicklung einer integrativen Informationsgesellschaft weiter zu verfolgen;
- den Dialog zwischen den Beteiligten und den Akteuren im Bereich von eInclusion zu fördern, der zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten in einschlägigen Foren geführt wird, in denen Nutzer und Industrie mit den politischen Entscheidungsträgern zusammengebracht werden;

6. ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN UND DIE KOMMISSION,

- weiterhin zu gewährleisten, dass der Beitrag der IKT zur Lissabon-Agenda einen angemessenen Platz in den nationalen Reformprogrammen und in der EU-Agenda findet;
- die Auswirkungen neuer Rechtsvorschriften und politischer Maßnahmen auf die Entwicklung der Informationsgesellschaft, insbesondere im Hinblick auf die Verbraucher, sorgfältig abzuwägen;
- Maßnahmen zur weiteren Förderung des eGovernment-Aktionsplans¹ zu unterstützen;
- gegebenenfalls die Standardisierung und Harmonisierung technischer Vorschriften zu fördern und weiterhin die Tätigkeiten der europäischen und internationalen Normungsbehörden zu unterstützen;

¹ Dok. 8688/06 (KOM(2006) 173 endg.).

- ein geeignetes Umfeld für die Erleichterung und Förderung der raschen Entwicklung fortschrittlicher Dienste zu schaffen, die positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben könnten; RFID, mobiles Fernsehen und m-Commerce könnten die Triebfedern hierfür sein;
- die geeigneten Voraussetzungen für den Aufbau der Infrastruktur für sehr schnellen Hochgeschwindigkeitszugang (im Fest- und Mobilnetz) zu schaffen, die von strategischer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist;
- weiterhin einen reichhaltigen und vielfältigen Markt für digitale Inhalte sowie Weiterentwicklungen des Internet zu fördern, die das Prinzip der End-zu-End-Kommunikation, eine verstärkte Breitbandnutzung und die marktorientierte Entwicklung von Netzen der nächsten Generation umfassend berücksichtigen;
- eine effizientere und flexiblere Nutzung von Frequenzen durch die Koordinierung und erforderlichenfalls Harmonisierung von Maßnahmen für die Verfügbarkeit von Frequenzen und die Nutzung der digitalen Dividende zu fördern, gemäß der Zuständigkeit der Gemeinschaft und unbeschadet von Zielen des Allgemeininteresses und von geografischen und topografischen Gegebenheiten, zur Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Interoperabilität und Konvergenz sowie eines dynamischen Binnenmarkts für innovative Drahtlosgeräte und -dienste;
- die Gestaltung öffentlicher Webseiten nach den internationalen Leitlinien der Web Accessibility Initiative (WAI) zu fördern, damit auch Menschen mit Behinderungen diese Seiten nutzen können;
- weitere Initiativen für eine leichtere Zugänglichkeit der IKT für alle zu fördern, insbesondere für Menschen mit Behinderungen sowie ältere Menschen und Erwachsene mit niedrigerem Bildungsstand, sowie für ein besseres Dienstleistungsangebot in ländlichen Gebieten;
- den Informationsaustausch mit den Beteiligten zu langfristigen Entwicklungen im Bereich eInclusion und die Entwicklung eines politischen Ansatzes für die vorgenannten Elemente fortzusetzen und im Hinblick auf die Frühjahrstagung 2008 des Europäischen Rates in der ersten Jahreshälfte 2008 darüber Bericht zu erstatten;

7. FORDERT ALLE BETEILIGTEN AUF,

- sich an der Durchführung aller erforderlichen Aktionen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene zu beteiligen, um zu einer erfolgreichen Halbzeitbilanz der i2010-Initiative beizutragen;
- benutzerfreundliche Produkte und Dienste für eine bessere Zugänglichkeit und Produktentwicklung zu entwickeln und zu fördern, unter Berücksichtigung des Prinzips des "Design für alle";
- mit der Kommission, den Mitgliedstaaten und der Industrie bei der Entwicklung von Initiativen im Bereich eInclusion zusammenzuarbeiten, um die Verfügbarkeit zugänglicher Produkte und Dienste und ihre Kompatibilität mit Unterstützungstechnologien zu verbessern.
